

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name [Verbandsgemeindeverwaltung Nieder-Olm](#)
 Straße [Pariser Straße 110](#)
 Plz, Ort [55268, Nieder-Olm](#)
 Telefon
 Fax
 E-Mail Nieder-Olm@Bieteranfrage.de
 Internet
 Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

b) Vergabeverfahren [Öffentliche Ausschreibung, VOB/A](#)

Vergabenummer [24-07-01-1400](#)

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen
- ohne elektronische Signatur (Textform)**d) Art des Auftrags**

- Ausführung von Bauleistungen
 Planung und Ausführung von Bauleistungen
 Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung

[55270 Jugenheim](#)

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose

[Straßenausbau 2. Bauabschnitt Schulstraße](#)
 - Tief-, Kanal- und Straßenbauarbeiten

Hauptmassen für Bekanntmachung Kanalbau:

- 290 m Kanal DN 250/315/ 400 und 500 PP
- 12 Stück Schächte DN 1000/1200 und 1500 Beton/ Auskleidung PP
- 26 Stück Erneuerung Kanalhausanschlüsse DN 160 PP
- 750 qm Asphaltaufbruch im Kanalgraben
- 175 qm Oberflächenaufbruch und Wiederherstellung Pflaster
- 50 m Erdarbeiten Umlegung Gas/Wasser HA

Hauptmassen für Bekanntmachung Gas:

- 335,000m Tiefbau ohne Oberfläche für Leerrohre in KoordinaBon mit anderen Gewerken
- 185,000m Tiefbau ohne Oberfläche für eine Gasversorgungsleitung aus PE =< da 180 oder Stahl
- <= DN 150 in KoordinaBon mit anderen Gewerken
- 245,000m Tiefbau ohne Oberfläche für Leerrohre
- 260,000m Verlegung und Montage einer Gasversorgungsleitung aus PE =< da 180
- 220,000m Beigestelltes Schutzrohr aus Kunststoff verlegen
- 540,000m PE-HD-Rohr und Speed-Pipes legen

Hauptmassen für Bekanntmachung Straßenbau:

- 800m³ Bodenausbau und Entsorgung
- 28 Stück Straßenabläufe einbauen
- 400m Bord und Rinne einbauen
- 1.200m² Asphaltdecke erneuern
- 1.000m² Pflaster erneuern
- 12m Busbordsteine einbauen

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage

Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)

- nein

- ja, Angebote sind möglich
- nur für ein Los
- für ein oder mehrere Lose
- nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)
- i) Ausführungsfristen**
- Beginn der Ausführung 11.09.2024
- Fertigstellung oder Dauer der Leistungen 30.11.2025
- Bestimmungen über die Ausführungsfrist**
- Einzelfristen im Zuge der Ausführung:
Fertigstellung 1. Bauabschnitt: bis 30.06.2025
- j) Nebenangebote**
- zugelassen
- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
- nicht zugelassen
- k) mehrere Hauptangebote**
- zugelassen
- nicht zugelassen
- l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen**
- Vergabeunterlagen
- werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YJVHZKJ/documents>
- können angefordert werden unter:
- Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen
- Abgabe Verschwiegenheitserklärung
- andere Maßnahmen:
- Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist
- Nachforderung
- Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden
- nachgefordert
- teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:
- nicht nachgefordert
- o) Ablauf der Angebotsfrist am 01.07.2024 um 14:00 Uhr**
- Ablauf der Bindefrist am 02.08.2024
- p) Adresse für elektronische Angebote** <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YJVHZKJ>
- Anschrift für schriftliche Angebote
- q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:** DE
- r) Zuschlagskriterien**
- siehe Vergabeunterlagen
- nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:
- | Kriterium | Gewichtung |
|-------------------|------------|
| Niedrigster Preis | |
- s) Eröffnungstermin am 01.07.2024 um 14:00 Uhr**
- Ort
- Die Angebotsöffnung erfolgt elektronisch.
- Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen

- Bieter oder deren Bevollmächtigte sind bei der Öffnung der Angebote nicht zugelassen.
- t) **geforderte Sicherheiten**
Sicherheiten für Vertragserfüllung und Mängelansprüche (Details siehe Vergabeunterlagen)
- u) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind**
Gemäß VOB/B (Details siehe Vergabeunterlagen)
- v) **Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften**
- w) **Beurteilung der Eignung**
Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:
1.) Eigenerklärung zum Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen
2.) Eigenerklärung über die Ausführung vergleichbarer Leistungen in den letzten fünf Jahren
3.) Eigenerklärung über die Bereithaltung der für die Ausführung der Leistung erforderlichen Arbeitskräfte
4.) Erklärung des Bieters über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister
5.) Eigenerklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation
6.) Eigenerklärung des Bieters, dass in seiner Person oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die ihm zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 6e EU VOB/A begründet sind
7.) Eigenerklärung des Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist
8.) Eigenerklärung des Bieters zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft
9.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient

Für die vorgenannten Auskünfte (Eigenerklärungen) sind entsprechende Formblätter den Vergabeunterlagen beigelegt (Formblatt 124, Formblatt 233).

Ebenso zugelassen ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als vorläufiger Beleg der Eignung.

Eigenerklärungen und Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierung geführt werden, sind zugelassen.

Die durch Präqualifizierung geführten Eigenerklärungen und Eignungsnachweise müssen die gestellten auftragsbezogenen Mindestanforderungen nachweisen.

Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bieter zum Beleg seiner Eigenerklärungen entsprechende weitere Nachweise vorzulegen, wie:

- drei Referenzen mit folgenden Angaben: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges
- Angaben zu Arbeitskräften: Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- Nachweis über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister, Berufskammern der Länder, Handwerksrolle
- rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan - soweit erforderlich
- eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes zum Nachweis der steuerlichen Zuverlässigkeit die nicht älter als 13 Monate sein darf
- gültige Bescheinigungen der zuständigen Krankenkasse, tariflichen Sozialkasse und Berufsgenossenschaft über die vollständige Entrichtung von Beiträgen, die nicht älter als 13 Monate sein dürfen
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten (Nachunternehmer, Eignungslleihe) bedienen, sind die Erklärungen nach § 6e EU VOB/A auch vom Dritten vorzulegen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Erklärungen oder Nachweise zur Eignung anzufordern.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

Weitere auftragsspezifische Eingangsbedingungen:

1. Güteschutz Kanalbau (RAL-GZ 961)
 - Bieter müssen mit Angebotsabgabe und während der Werkleistung die fachliche Qualifikation (Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit der technischen Vertragserfüllung) und die Gütesicherung

des Unternehmens nachweisen. Die Anforderungen der vom Deutschen Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V. herausgegebenen Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 Beurteilungsgruppe AK 2 sind zu erfüllen und nachzuweisen.

Der Nachweis gilt als erbracht, wenn der Bieter die Erfüllung der Anforderungen und die Gütesicherung des Unternehmens mit dem Besitz des entsprechenden RAL-Gütezeichens Kanalbau für die geforderte(n) Beurteilungsgruppe(n) nachweist.

Der Nachweis gilt als gleichwertig erbracht, wenn der Bieter die Erfüllung der Anforderungen durch eine Prüfung, welche inhaltlich den Anforderungen der Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 Abschnitt 4.1 für die geforderte(n) Beurteilungsgruppe(n) entspricht, mit einem Prüfbericht nachweist. Der Prüfbericht muss die Erfüllung der gestellten Anforderungen nachvollziehbar belegen. Mit dem Prüfbericht sind vorzulegen: Angaben zur Personalausstattung mit Aus- und Weiterbildungsnachweisen / Angaben zur Betriebs- und Geräteausstattung / Angaben zu den in den letzten drei Jahren durchgeführten vergleichbaren Projekten / Muster der Dokumentation der Eigenüberwachung.

2. DVGW-Zertifikat (Arbeitsblatt GW 350 und GW 381) oder gleichwertiger Nachweis

Zum Nachweis der Eignung können auch gleichwertige Zertifikate von Drittanbietern vorgelegt werden. Unabhängig der Frage, von welchem Anbieter entsprechende Zertifikate vorgelegt werden, behält sich die Vergabestelle vor, sich die dem jeweiligen Zertifikat zu Grunde liegenden Unterlagen und Prüfberichte vorlegen zu lassen.

Diese weiteren Anforderungen sind durch auftragspezifische Einzelnachweise mit dem Angebot - erforderlichenfalls auch von Dritten - zu belegen.

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)

Name	Kreisverwaltung Mainz-Bingen
Straße	Konrad-Adenauer-Str. 34
Plz, Ort	55218, 55218 Ingelheim am Rhein
Telefon	
Fax	
E-Mail	
Internet	

Sonstiges

1.) Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabeplattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabeplattform kommuniziert. Registrierte Bieter werden hierüber automatisch informiert. Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bieters.

2.) Anfragen werden nur in Textform über die Vergabeplattform oder per E-Mail von der genannten Kontaktstelle entgegengenommen und von der Vergabestelle ausschließlich in Textform über die Vergabeplattform beantwortet.

3.) Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen über die Vergabeplattform. Das Postfach der Bieters auf der Vergabeplattform erfüllt dabei für den Bieter die Funktion eines persönlichen elektronischen Briefkastens und ist maßgeblich und verbindlich für den Zugang von Erklärungen, Nachforderungen, Einladungen zum Aufklärungsgespräch und sonstigem Schriftverkehr.

4.) Der Versand der Informations- und Absageschreiben erfolgt über die Vergabeplattform an das plattformseitig hinterlegte Postfach des Bieters bzw. an das Postfach der das Angebot einreichenden Stelle. Im Falle des Angebotes einer Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle über die Vergabeplattform an das plattformseitig hinterlegte Postfach des bevollmächtigten Mitglieds der Bietergemeinschaft bzw. an das Postfach der das Angebot einreichenden Stelle.

5.) Sofern sich ausländische Bieter am Wettbewerb beteiligen, haben sie geforderte Nachweise / Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen.

6.) Der Auftraggeber wendet die Regelungen des "Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (LTTG) Rheinland-Pfalz" in der jeweils geltenden Fassung an.

7.) Dieses Vergabeverfahren fällt in den Anwendungsbereich der Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen. Bieter müssen erkannte oder erkennbare Verstöße innerhalb der jeweils geltenden Fristen des § 10 Abs. 3 dieser Verordnung gegenüber dem Auftraggeber rügen, anderenfalls können sie vor der Vergabeprüfstelle in der Sache nicht gehört werden. Vergabeprüfstelle, an die der Auftraggeber eventuelle Beanstandungen des Bieters weiterleitet, sofern der Bieter nicht ausdrücklich auf

eine Weiterleitung verzichtet hat: Vergabepflichtstelle beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Stiftstraße 9, 55116 Mainz

Bekanntmachungs-ID:

CXP4YJVHZKJ